

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Bern, den 16. Juli 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 29/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Offizieller Besuch von Staatssekretär K. Jacobi in der DDR	2
2) Arbeitsbesuch von A.J. Jacovides (J), Generaldirektor im zypriotischen Aussenministerium vom 11. Juli 1990 in Bern	8
3) 42e session de la Commission baleinière internationale, Noordwijk 25 juin-6 juillet 1990	11

1) Offizieller Besuch von Staatssekretär K. Jacobi in der DDR

Staatssekretär Klaus Jacobi (JAC) weilte am 8. und 9. Juli 1990 als Gast seines ostdeutschen Amtskollegen Hansjürgen Misselwitz, parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, zu einem offiziellen Besuch in der DDR. JAC führte bei dieser Gelegenheit auch Gespräche mit Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann sowie mit Gunter Halm, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft. Gegenstand der Gespräche war neben bilateralen Fragen der Prozess der deutschen Einigung sowie dessen Einbettung in die Verhandlungen über die neue europäische Architektur.

1. Gespräch Misselwitz (M), 9.7.90

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands geht die Nachkriegszeit zu Ende. Alle betroffenen Staaten sind somit aufgerufen, die Chance einer Neugestaltung Europas zu ergreifen. Die Komplexität dieser Aufgabe ergibt sich aus der politischen Konstellation des heutigen Europas: grösstenteils demokratische Staaten, die mehrheitlich Mitglieder zweier Allianzen sind, können nicht zum Abschluss eines Friedensvertrages im klassischen Sinne angehalten werden. Im Hinblick auf die endgültige Regelung der noch offenen Fragen, in deren Mittelpunkt die Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands steht, gilt es deshalb, die zur Verfügung stehenden Instrumente (gemeint sind der innerdeutsche Dialog, 2+4, CFE, KSZE, Allianzen) genauestens aufeinander abzustimmen. Das Ziel der Bemühungen sollte die Schaffung einer neuen sicherheitspolitischen Ordnung unter gleichberechtigten Staaten sein. Den Schlüssel hierzu sieht M sowohl in der Veränderung der Beziehungen zwischen NATO und WAPA als auch in der Stärkung der KSZE.

M unterstrich in diesem Zusammenhang mehrmals die Bedeutung einer gebührenden Berücksichtigung der Position der Sowjetunion, deren militärische Präsenz in der DDR es derart zu beenden gilt, dass sie nicht als Verliererin dastehe. Das Problem der inneren und äusseren Aspekte der deutschen Einigung lässt sich dadurch lösen, dass man die Rückzugsphase der Sowjets juristisch in der Form einer Uebergangsphase kleidet. Daraus folgt für M, dass die formelle Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands nicht kurzfristig, sondern mittelfristig zu erwarten ist. Den Fahrplan der Einigung sieht M folgendermassen: Ratifizierung des 2. Staatsvertrages durch beide deutschen Parlamente bis Ende September; anschliessend Konstituierung der 5 Länder der DDR mittels Wahlen; dann Beitrittserklärung gemäss Art. 23 GG, und schliesslich gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember 1990, deren Modus bekanntlich noch nicht feststeht (3 % oder 5 % Klausel in der DDR). Innert 30 Tagen hätte dann die erste Zusammenkunft des gesamtdeutschen Parlaments stattzufinden. Parallel dazu gilt es, den Abschluss der 2+4 und CFE I zu verwirklichen, um das Zustandekommen des KSZE-Gipfels vor Ende Jahr zu ermöglichen. Diesem Gipfel wird die Besiegelung der deutschen Einigung in einem gesamteuropäischen Rahmen obliegen.

Auf die Frage nach der Einstellung seiner Regierung zur künftigen NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, meinte M, diese Sache sei primär von den Deutschen zu entscheiden. Ganz Deutschland werde nominell Mitglied dieses Bündnisses sein. Allerdings sei das Vorrücken irgendwelcher NATO-Einrichtungen bis an die Oder undenkbar. Für M stellt sich die Frage anders, da ein Anschluss an das westliche Bündnis nicht dem entspreche, was sich die Bürger der DDR unter einer Vereinigung vorstellten. Ausgehend von der Ueberlegung, dass zwei getrennte deutsche militärische Kommandi weiterbestehen werden, und von einem Bedrohungsbild, welches obsolet geworden ist, sieht M vielmehr den Zeitpunkt als gekommen, neue, gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Den Ansatz hierzu sieht M in einem blockübergreifenden Denken.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs skizzierte JAC die schweizerischen Vorstellungen zur künftigen Ausgestaltung der KSZE (Frage der Institutionalisierung, friedliche Streitbeilegung, Minderheiten), zum Europarat sowie zum EWR.

M bezeichnete die KSZE-Positionen der Schweiz als bedenkenswert und stellte gegebenenfalls deren Unterstützungsmöglichkeit durch die DDR in Aussicht.

2. Gespräch Eppelmann (E), 8.7.1990

Das Gespräch mit E fand anlässlich eines Arbeitsfrühstücks auf der schweizerischen Residenz statt. Für E hängt die erfolgreiche Neugestaltung Europas von der zentralen Frage ab, ob es gegenwärtig gelingt, eine definitive Nachkriegsordnung zu schaffen, die weder "Sieger" noch "Besiegte" kennt. Mit anderen Worten dürften die laufenden Verhandlungen der 2+4 und CFE I, die beide als Vorstufe eines KSZE-Gipfels im Herbst 90 zur Besiegelung der deutschen Einheit zu betrachten sind, nicht in einen Gipfel münden, welcher sich zu einem "Versailles der Sowjetunion" entwickeln könnte. Die Gefahr für das westliche Bündnis, einer solchen Versuchung zu erliegen, besteht nach E immer noch, umsomehr als die Sowjetunion heute politisch isoliert dasteht. Immerhin glaubt E in der jüngsten Haltung der USA erstmals ein echtes Verständnis für die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion zu erkennen. Dafür sprechen die jüngsten Ergebnisse des NATO-Gipfels von London, welche allerdings aus der Sicht der DDR bloss ein erster Schritt in die richtige Richtung seien. Es gilt zu bedenken, dass die Sowjetunion durch ihre militärische Präsenz in der DDR weiterhin im Besitze der wichtigsten Trumpfkarte bleibt, dies obwohl ihre Verhandlungsposition wegen des Zerfalls des WAPA laufend geschwächt wird.

Die Zahl der auf deutschem Boden stationierten sowjetischen Truppen schätzt E auf 360-380'000 Mann. Zählt man die Angehörigen der Offiziere sowie die zivile Infrastruktur hinzu, ergibt sich eine Gesamtzahl von ca. 600-900'000. Die Dauer

eines vollständigen Rückzuges dieser Sowjets würde 4-5 volle Jahre betragen, sofern der zivile Verkehr nicht beschränkt wird. "Technische" Aspekte dieser Art sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Kernsache um die Frage nach der Suche nach beiderseits akzeptablen politischen Lösungen geht. Daneben sei auch die finanzielle Kompensierung von Belang. Die Sowjetunion erhält bekanntlich für das 2. Halbjahr 1990 1,25 Mrd. DM gegen Transferrubel zum Kurs von 4.95 DM pro 1 Rubel ausbezahlt. Mit diesen Rubels kauft die DDR Erdöl und Erdgas. E erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die DDR bei der Energielieferung auf die Sowjetunion angewiesen ist.

E erwähnte auch, dass die Sowjets ihren teilweise bereits eingeleiteten Rückzug aus der DDR vor 3 Wochen aus wahrscheinlich verhandlungstaktischen Gründen eingestellt haben, und dass die Präsenz Ihrer Truppen auf zunehmende Ablehnung bei der DDR-Bevölkerung stosse. So hätten kürzlich erste Demonstrationen in Cottbus stattgefunden. Gleichzeitig scheint sich auch bei einzelnen Militärs der Wunsch nach einer privaten Zukunft im Westen auszubreiten.

Bezüglich der Zukunft der deutschen Truppenstruktur in einem vereinten Deutschland wird es nach E vorläufig 2 getrennte Kommandi geben. Dies mit der Begründung, dass es bspw. unvorstellbar sei, Bundeswehrsoldaten einem Neue Volksarmee (NVA)-Kommando zu unterstellen. E bezeichnete die laufenden Diskussionen in dieser Angelegenheit als streng vertraulich, über die der bundesdeutsche Verteidigungsminister Stoltenberg ein absolutes Informationsverbot gegenüber der Oeffentlichkeit verfügt habe. Den Ist-Bestand der DDR-Truppen (NVA), welcher bekanntlich vom Soll-Bestand neuerdings abweicht, beziffert E mit 98'000 Mann. Seit der Einführung eines Zivildienstes haben sich ca. 1/4 aller einberufenen Dienstpflichtigen für diese Dienstart entschieden, welche in Zukunft dem Wehrdienst völlig gleichgestellt werden soll. Auf die Vernichtung des vom STASI, der NVA und der Polizei zurückgelassenen Waffenarsenals angesprochen, bemerkte E, dass dessen ökologische Verschrottung

mindestens 40 Jahre dauern würde. Eine andere Verwendungsabsicht bestünde gegenwärtig nicht.

JAC erkundigte sich auch über die Rolle von E's neuem Berater, Egon Bahr, Ost-Experte der SPD. E meinte schlicht, er habe Bahr erst vor kurzem kennengelernt und wünsche - unabhängig von parteipolitischen Ueberlegungen - dessen Ost-Erfahrung zu nutzen, in einer Zeit, in der alle bloss nach Westen schauten.

Abschliessend versicherte JAC seinen Gesprächspartner des Willens der Schweiz an der Leistung eines konstruktiven Beitrags zur neuen Architektur Europas. E beendete das Gespräch mit der Bemerkung, die DDR benötige dringend westliche Investitionen, nicht zuletzt auch deshalb, um nicht ausschliesslich der BRD allein ausgesetzt zu sein.

3. Gespräch Halm, 9.7.1990

a) Ausdehnung des Freihandelsregimes CH - EG auf die DDR

JAC bestätigte seinem Gesprächspartner Halm (H) den Empfang des gleichtägigen Schreibens des Wirtschaftsministeriums, mit dem sich die DDR gegenüber der Schweiz zur Leistung von Gegenrecht in obiger Angelegenheit verpflichtet. Falls auf schweizerischer Seite die Zollexpertenkommission ihre Zustimmung abgibt, steht einer Ausdehnung der Freihandelsordnung EG - Schweiz per 1.8. oder 1.9.90 im Sinne des Einbezugs von Waren aus der DDR sowie aus der Schweiz nichts mehr im Wege. Laut H beabsichtigt die DDR, die gleiche Vereinbarung auch mit den übrigen EFTA-Ländern zu treffen.

b) Industrie-Standort DDR

H sieht seine Aufgabe vornehmlich in der Erhaltung des Industrie-Standortes DDR. Die DDR sei aufgrund ihrer Erfahrung geradezu prädestiniert, zur bevorzugten Drehscheibe im Ost-West-

Handel zu werden. Mit der jüngst erfolgten Uebernahme der marktwirtschaftlichen Gesetzgebung der BRD sei nun auch für westliche Investoren die nötige ordnungspolitische Attraktivität geschaffen worden. Zudem habe die DDR hochqualifizierte Facharbeiter und Ingenieure anzubieten. Alle Europäer sind somit aufgerufen, auf dem Markt der DDR zu investieren. Interessierte könnten sich an das neu errichtete Informationsbüro für Industriekooperation (Leitung: Dr. Stamm) in Berlin wenden.

H ist sich der gegenwärtig gegenüber der DDR vorherrschenden Skepsis bewusst und führt sie auf die unvermeidlichen, vorübergehenden Auswirkungen der Umstellung von einer Kommandowirtschaft auf eine Marktwirtschaft zurück. H, der soeben von einer Reise in die USA, F, GB und B eingetroffen ist, wo er vor Geschäftsleuten konferiert hat, bietet sich an, auch in die Schweiz zu kommen.

JAC zeigte sich seinem Gesprächspartner gegenüber zuversichtlich, dass eine zufriedenstellende Lösung des derzeit noch offenen Entschädigungs-Contentieux sowie die in Aussicht genommenen Expertengespräche über die Vermeidung der Doppelbesteuerung wichtige Anreize für schweizerische Investoren bilden würden.

c) RGW

Bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zu den RGW-Ländern gab sich H sehr zurückhaltend. Dieses Thema sei sehr politisch und auch gegenwärtig Gegenstand der 2+4 Verhandlungen. Die Logik befehle, wo die Entscheide liegen werden. Immerhin lässt sich heute schon sagen, dass die DDR den Mitgliedsländern Vertrauensschutz ausgesprochen hat. Alle langfristigen Verträge werden von den Firmen auf der Basis von Weltmarktpreisen in harten Devisen neu ausgehandelt werden müssen.

2) Arbeitsbesuch von A.J. Jacovides (J), Generaldirektor im zypriotischen Aussenministerium vom 11. Juli 1990 in Bern

Schweizerische Gesprächsteilnehmer: JAC, SIN, AJ, AC, NB, BUU

J bezeichnet die gegenwärtige Situation auf Zypern als problematisch, wenn auch nicht aussichtslos. Derweil die Kompromissbereitschaft der Regierung seit dem Amtsantritt Präsident Vassiliou gestiegen sei, beharre die türkisch-zypriotische Seite unter ihrem Führer Denktasch auf ihren alten, sezessionistischen Positionen. Besorgniserregend sei insbesondere die Tatsache, dass die Stärke der türkischen Truppen trotz anderslautenden Absichtserklärungen mittlerweile auf 35'000 Mann angehoben worden sei. Stark angestiegen sei auch die Zahl der türkischen Siedler (auf ca. 85'000), womit die Gesamtzahl der Festlandtürken auf Zypern (inkl. der Familienangehörigen der Soldaten) wohl schon grösser sei als die der Türkischzyprioten. Eine weitere Einwanderung von Türken könne deshalb unter keinen Umständen geduldet werden.

Der einst diskutierte Anschluss Zyperns an Griechenland ("Enosis") sei heute trotz der beängstigenden türkischen Truppenpräsenz nicht mehr aktuell. Ein dem Beispiel Westsahara nachempfundenen Referendum über die Zukunft des Landes sei offiziell bis anhin noch nicht in Erwägung gezogen worden, obwohl sich nach J's Ueberzeugung auch ein grosser Teil der Türkisch-Zyprioten für eine föderative Lösung aussprechen würden.

Einem föderativen System ähnlich dem der Schweiz bringt J viel Sympathie entgegen, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Insel - mit Ausnahme der britischen Stützpunkte - entmilitarisiert würde. Angesichts der türkischen Uebermacht sei die Sicher-

heit Zyperns durch die Armee ohnehin nicht zu gewährleisten, weshalb man sich auf eine Polizeitruppe beschränken könne.

Der türkischen Minderheit sollte im angestrebten föderativen System durch eine Verteilung der Kräfteverhältnisse in Parlament und Regierung nach einem Schlüssel von 70 zu 30 % (im Oberhaus 50 zu 50 %) entgegengekommen werden (bevölkerungsmässig macht sie weniger als 20 % aus).

Durch die angestrebte EG-Mitgliedschaft erhofft sich Zypern nebst wirtschaftlichen Vorteilen vor allem einen verstärkten internationalen Druck im Hinblick auf einen Abzug der türkischen Truppen. Der EG-Beitritt liege im wohlverstandenen Interesse aller Zyprioten und stelle aufgrund der vergleichsweisen wirtschaftlichen Stärke Zyperns auch kein Problem für die wirtschaftliche Absorbationsfähigkeit der EG dar. Eine EG-Mitgliedschaft der Türkei erachtet J hingegen nur dann als akzeptabel, wenn diese gewillt wäre, in allen Bereichen westliche Standards anzunehmen. Namentlich weist J auf die widersprüchliche Haltung Ankaras hin, die türkische Minderheit auf Zypern mit militärischen Mitteln zu schützen, das eigene Kurdenproblem hingegen zu negieren.

J unterstreicht, dass der Zypernkonflikt ein Problem internationalen Ausmasses sei. Die Regierung beabsichtige daher, unter Ausnutzung des gegenwärtig günstigen weltpolitischen Klimas, diese Frage auf verschiedenen internationalen Foren zur Sprache zu bringen, so auch an der bevorstehenden KSZE-Konferenz über den Mittelmeerraum in Palma de Mallorca.

Die Rolle der Blockfreien muss nach dem Auseinanderbrechen des WAPA nach J neu überdacht werden. Keinesfalls aber stehe die Mitgliedschaft in der EG im Widerspruch zu jener in der Bewegung der Blockfreien.

JAC skizziert kurz die schweizerische Position in den EWR-Verhandlungen und erläutert die Vorstellungen der Schweiz über eine Institutionalisierung der KSZE.

Im bilateralen Bereich greift J erneut die Frage der schweizerischen Waffenexporte nach Zypern auf, akzeptiert aber die von JAC dargelegte, unverändert ablehnende Haltung der Schweiz. Sodann ersucht J die Schweiz, ihren Unternehmungen von Investitionen in den besetzten Gebieten abzuraten. Zum einen seien diese Investitionen wirtschaftlich unsicher, zum anderen würde dadurch der gegenwärtige politische Status quo in gewisser Weise sanktioniert. J äussert sein Bedauern darüber, dass die Schweiz nicht bereit gewesen ist, eine Anfrage Zyperns nach dem Schicksal von verschwundenen Personen im Sinne von Stufe 1 des KSZE-Mechanismus im Bereich der menschlichen Dimension an die Türkei weiterzuleiten. AC erläutert dazu, dass die Schweiz - wie in der Note vom 1.6.90 bereits dargestellt - diesen Schritt nur mit dem Einverständnis des UN-Vermittlers unternehmen könne. Die Frage der Anwendung des Mechanismus zwischen KSZE-Staaten ohne diplomatische Beziehungen sei im übrigen an der Kopenhagener Konferenz von der zyprischen Delegation häufig erörtert worden. JAC verspricht, diesen Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen und - ev. ausserhalb des KSZE-Rahmens - eine Lösung zu suchen.

Bezüglich des von zyprischer Seite gewünschten Doppelbesteuerungsabkommens weist SIN auf die bestehenden technischen Probleme hin und sichert J eine detaillierte Stellungnahme des EFD zu.

Um die Exportchancen in die Schweiz zu verbessern, wünscht Zypern vermehrt an Messen (z.B. Comptoir Suisse 1994) teilzunehmen. JAC versichert, dass dieses Anliegen von der Schweiz unterstützt würde.

Schliesslich äussert J den Wunsch nach einem bilateralen Treffen auf Ministerebene. JAC weist auf den übervollen Terminkalender von BRF hin, äussert sich aber wohlwollend zu einem möglichen Besuch des zyprischen Aussenministers in der Schweiz.

3) 42e session de la Commission baleinière internationale,
Noordwijk 25 juin-6 juillet 1990

En 1979, la Suisse est devenue partie à la Convention internationale pour la réglementation de la chasse à la baleine de 1946, qui établit une Commission baleinière internationale (IWC) dont la Suisse suit régulièrement les travaux.

La Convention vise à assurer la conservation des peuplements baleiniers et à permettre un développement méthodique de l'industrie baleinière.

En raison de la surexploitation et de la destruction massive de la plupart des espèces de baleines, l'IWC a décidé en 1982 d'introduire une interdiction générale de la chasse commerciale à la baleine (moratoire). Ce moratoire est entré en vigueur en 1986. Depuis, la chasse n'est admise que dans le cadre de recherches scientifiques et pour la subsistance des populations aborigènes (Alaska, Sibérie, Groenland).

Ces dernières années la Commission scientifique (CS) de l'IWC a mené des études pour déterminer les effets du moratoire sur le stock de baleines. A la lumière des résultats de ces études, la Session de cette année devait, entre autres, décider si le moratoire devait être reconduit ou s'il pouvait être converti en quotas de chasse commerciale pour certaines espèces.

L'interprétation des résultats contenus dans le rapport de la CS a mis en évidence une fracture nette entre, d'un côté, les pays baleiniers (en particulier le Japon, la Norvège et l'Islande) et, de l'autre, la majorité des pays (chefs de file Royaume-Uni, Etats-Unis, Nouvelle-Zélande et Australie). Les premiers soutiennent que la baleine de type "Mynke" (une baleine de dimensions assez modestes) n'est en aucune manière menacée d'extinction et que, par conséquent, la chasse commerciale de ce type de cétacé devrait être admise. Le deuxième groupe de pays, estimant que la méthode ayant servi de base pour les recherches scientifiques a une marge d'erreur trop élevée, s'est prononcé contre l'octroi de permis de chasse.

La délégation suisse, en l'absence de résultats scientifiques suffisamment convaincants, s'est ralliée au point de vue de ce dernier groupe de pays.

Les pays baleiniers étant en minorité, la Commission a décidé de refuser l'octroi de permis de chasse commerciale et a renvoyé la question à la 43e session qui aura lieu en Islande en 1991. A cette occasion, les premiers résultats d'une procédure basée sur une méthode révisée et plus fiable devraient être présentés.

Les pays baleiniers, qui ont montré une grande solidarité entre eux lors des discussions et des votations, étaient très irrités de l'attitude de la Commission et, bien qu'en termes voilés, ont menacé d'en sortir.

Par ailleurs, le Japon, comme lors de la 41e session, a demandé un quota de chasse (50 "Minke Whales") pour les petits navires exerçant leur activité dans les zones côtières, prétendant que cette pêche n'est pas couverte par le

moratoire. A l'instar de la session de l'année précédente, la majorité de la Commission a estimé ne pas voir de différence substantielle entre la chasse commerciale et cet autre type de chasse. La demande du Japon a par conséquent été rejetée.

En ce qui concerne la chasse scientifique, la Commission, dans deux résolutions acceptées à l'unanimité, a invité le Japon et la Norvège à revoir leurs programmes scientifiques pour les années 90/91 étant donné qu'ils ne sont pas entièrement conformes aux buts visés par l'IWC (établir la situation qualitative et quantitative des stocks des différents types de baleines).

La Commission a aussi adopté une résolution sur les petits cétacés donnant au CS le mandat de rassembler des informations sur ces animaux qui sont aussi gravement menacés. Une autre résolution invite les pays menant des recherches scientifiques à les effectuer dans la mesure du possible avec des méthodes non létales. Enfin, une résolution adoptée à l'unanimité appuie une décision de l'Assemblée générale des Nations Unies visant à étudier le problème des filets de pêche à grande extension, qui ont un impact néfaste sur les espèces de cétacés de dimension réduite.

La Suisse est cosignataire de toutes ces résolutions. Le Japon a toujours contesté la légitimité de la Suisse à s'exprimer sur un sujet, les baleines, qui ne la concerne pas directement (pour des raisons économiques, géographiques et historiques). Forts de leur engagement dans la recherche scientifique, les Japonais reprochent aussi à la Suisse de ne pas contribuer concrètement aux travaux dans ce domaine.

La Suisse a toujours adopté une approche globale de la question: les baleines font partie de la richesse biologique de la planète: leur protection est donc un souci de tous les pays. Conformément à ce principe, notre pays défend au niveau international l'éthique qui inspire la législation fédérale sur la protection des animaux, l'une des plus sévères au monde.

La position de la Suisse dans la Commission, son rôle de médiateur et sa politique cohérente sont très appréciés par la grande majorité des Etats membres de l'IWC.

Par ailleurs, la chasse à la baleine est un sujet auquel l'opinion publique suisse est très sensible: plus de 1800 lettres de citoyens demandant la prolongation du moratoire et la suppression de la chasse scientifique ont été adressées au CF Felber.



J.C.A. Staehelin

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-REI/SRA

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

Priorität

<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 29/90 du 16.07.1990					
1) Offizieller Besuch von Staatssekretaer K. Jacobi (JAC) in der DDR					
2) Besuch von A.J. Jacovides (J), Generaldirektor im zypriotischen Aussenministerium bei Staatssekretaer Jacobi (JAC)					
3) Technische Abklaerungsmission der Vereinten Nationen in der Westsahara: Entsendung von schweizerischen Experten und Stellung eines Flugzeuges					
4) Délégation soviétique en Suisse					
1) Offizieller Besuch von Staatssekretaer K. Jacobi (JAC) in der DDR					
JAC weilte am 8. und 9. Juli 1990 zu einem offiziellen Besuch in der DDR, wo er Gespraechе mit seinem Amtskollegen Hansjuergen Mittelwitz, parlamentarischer Staatssekretaer im Ministerium fuer Auswaertige Angelegenheiten, fuehrte. JAC traf bei dieser Gele-					

Datum: 16.07.1990
Tel. intern 30 53

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

genheit auch mit Abruestungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann sowie mit dem fuer Wirtschaft zustaendigen Staatssekretaer Gunther Halm zusammen. Gegenstand der Gespraeche waren neben bilateralen Fragen der Prozess der deutschen Einigung sowie die neue Architektur Europas. Bericht wird Ihnen mit Infohebdo normales zugestellt.

2) Besuch von A.J. Jacovides (J), Generaldirektor im zypriotischen Aussenministerium bei Staatssekretaer Jacobi (JAC)

Am 11. Juli weilte A.J. Jacovides, Generaldirektor im zypriotischen Aussenministerium, zu einem Arbeitsbesuch in Bern.

J nutzte diese Gelegenheit, um ausfuehrlich die offizielle Haltung Nikosias im Zypernkonflikt darzulegen. Waehrend sich laut J die Regierung Vassilou kompromissbereit zeige und zu einer Loesung des Konflikts unter Wahrung der Rechte der Tuerkischzyprioten Hand biete, zeige sich deren Fuehrer Denktasch nach wie vor unnachgiebig und beharre auf der alten, sezessionistischen Position. Besorgniserregend sei, dass die Staerke der tuerkischen Besatzungstruppen mittlerweile auf 35'000 Mann zugenommen habe und auch der Einwanderungsstrom von Festlandtuerken nach wie vor ungebremst sei. Durch den unlaengst beantragten EG-Beitritt erhofft sich Nikosia nebst wirtschaftlichen Vorteilen einen verstaerkten internationalen Druck auf die Tuerkei im Hinblick auf einen Truppenabzug.

Datum: _____	Visum: _____
Tel. intern: _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F. l.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Ziel waere nach J ein - mit Ausnahme der britischen Stuetzpunkte - entmilitarisiertes Zypern, in dem Griechisch- und Tuerkisch-zyprioten in einem der Schweiz nachempfundenen foederativen System zusammenleben.

Im bilateralen Bereich kamen erneut die Fragen der von Zypern gewuenschten schweizerischen Waffenlieferungen und des Abschlusses eines Doppelbesteuerungsabkommens zur Sprache, wobei JAC die Gruende fuer die ablehnende Haltung der Schweiz darlegte. Im uebrigen sicherte JAC die Pruefung des zypriotischen Anliegens zu, wonach sich die Schweiz durch eine Anfrage an die Tuerkei betreffend dem Schicksal von verschwundenen Personen zu Gunsten Zyperns verwenden sollte. Schliesslich drueckte J den Wunsch nach einer Beteiligung Zyperns an schweizerischen Messen aus.

Datum: _____	Visum: _____
Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

3) Technische Abklärungsmission der Vereinten Nationen in der Westsahara: Entsendung von schweizerischen Experten und Stellung eines Flugzeugs

Aufgrund einer dringenden Anfrage des UNO-Generalsekretärs, vertreten durch Untergeneralsekretär Marrack Goulding, hat der Bundesrat mittels Praesidialverfügung am 12. Juli beschlossen, einer am 21. Juli beginnenden technischen Abklärungsmission der Vereinten Nationen in der Westsahara zwei Experten und ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen.

5.87 80 000 39665	Datum: _____	Visum: _____
	Tel. intern _____	

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F.I.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

5

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Am 27. Juni hatte der Sicherheitsrat die Vorschläge des Generalsekretärs zur Durchführung eines Referendums in der Westsahara unter Aufsicht der UNO und damit zur Beilegung des Konflikts gutgeheissen. Die technische Mission unter Leitung eines Vertreters des UNO-Sekretariats soll die materiellen Voraussetzungen fuer die Etablierung der "Mission der Vereinten Nationen fuer die Organisation eines Referendums in der Westsahara" (MINURSO) abklaeren und Elemente fuer ein Budget erarbeiten. Die MINURSO selbst wird unter der Leitung des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs fuer die Westsahara, Botschafter Johannes Manz, stehen.

Die Schweiz wird in der Person von Dr. Joerg Nagel, ehemaliger Chefarzt der UNTAG in Namibia, insbesondere den verantwortlichen Arzt der Abklaerungsmission stellen. Ausserdem wird der persoenliche Mitarbeiter des Sonderbeauftragten, Franklin Thevenaz, an der Mission teilnehmen.

Beim Flugzeug handelt es sich um eine "Twin-Otter" einer schweizerischen Gesellschaft (Zimex-Aviation AG). Der Einsatz dieser Maschine wird es der Mission erlauben, sich in dem weitraeumigen Territorium zu bewegen. Die Finanzierung des Flugzeuges mit Besatzung und die Entsendung der beiden Experten erfolgt im Rahmen des verstaerkten schweizerischen Engagements zugunsten der friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen.

5.87 80 000 39665

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum: _____

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Délégation soviétique en Suisse

A l'invitation du DFAE, une délégation soviétique a visité diverses institutions publiques et privées en Suisse du 8 au 13 juillet 1990 afin d'étudier notre système fédéral et économique. Dirigée par M. Katsoura, Premier vice président de la Commission d'Etat chargée des réformes économiques, nos hôtes soviétiques ont eu des entretiens avec des représentants des autorités cantonales et communales, des milieux d'affaires (PME et banque), instituts universitaires et divers services de l'Administration fédérale pour se familiariser avec le fonctionnement de notre société. Ce projet s'inscrit dans le cadre de l'aide de la Suisse aux pays de l'Europe de l'Est. J.C.A. Staehelin.

////

Kopie an: BRF JAC PB

NNNN

Datum: _____

Tel. intern _____

Visum:



Interne Verteilerliste

Betrifft:

1H+DP 29/90 o. 16.7.90

i.A. 22.14.7.8.

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter von Salis	VSG
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	HO
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAT
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädetsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste + Vertrauliche Umschläge:	Hr. Bill	BH
- Hr. Loréтан, W 134		
- Seeschiffahrtsamt, Basel		
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)		
- alle Bundesräte (für Info hebdo)		

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse
Damaskus	Mexiko	auprès des O.I., Wien
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP